

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf der Aufgabenplanung 2022 bis 2025 – Drucksache 20/1308 –

Stellungnahme der Bundesregierung

1. Vorbemerkungen

Deutschland steht in einem weltweiten Wettbewerb der Narrative, der sich mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine auf dramatische Weise verschärft hat. Dem deutschen Auslandssender Deutsche Welle (DW) kommt daher als „Stimme der Freiheit“ eine weiter steigende Bedeutung zu. Mit ihrer unabhängigen Berichterstattung wirkt die DW destabilisierenden Verschwörungstheorien und gezielter Desinformation entgegen, transportiert deutsche und europäische Sichtweisen und leistet somit für Menschen in durch Krisen und Kriegen gezeichneten Ländern eine Alternative gegenüber einseitiger oder nicht vorhandener Information durch einheimische Medien. Sie ist zudem nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU und dem damit verbundenen Wegfall der BBC als eine starke mediale Stimme aus der EU einer der wichtigsten verbleibenden europäischen Auslandssender, um die Werte und Positionen EU-Europas in der Welt zu vermitteln. Im Koalitionsvertrag ist daher die Fortsetzung des erfolgreichen Ausbaus der DW und der DW Akademie (DWA) vereinbart.

Die DW hat in den vergangenen Jahren auf Basis einer deutlich erhöhten Bundesförderung mit qualitativ hochwertigen journalistischen Angeboten und digitalen Innovationen die Zahl ihrer Nutzerinnen und Nutzer und damit ihre Bedeutung in der Welt erheblich steigern können. Der vorliegende Entwurf der Aufgabenplanung 2022 bis 2025 beschreibt nach Überzeugung der Bundesregierung die richtigen Ziele für die nächsten vier Jahre. So strebt die DW eine Reichweitensteigerung auf 400 Millionen wöchentliche Nutzerinnen- und Nutzerkontakte, eine weitere Erhöhung ihrer Relevanz und regionalen Kompetenz sowie einer Stärkung des Dialogs mit ihrer Zielgruppe an. Angesichts der Veränderungen im Mediennutzungsverhalten soll die Produktion von Sendungen mit dem Ziel *on demand first* fortentwickelt werden. Im Sinne eines effizienten Mitteleinsatzes will die DW ihre wichtigsten Zielländer, Sprachen und Zielgruppen stärker priorisieren sowie strategische Partnerschaften weiter ausbauen. Die DW Akademie soll zur führenden Medienentwicklerin aus Europa ausgebaut werden. Die DW ist zudem bestrebt, nachhaltig zu agieren sowie eine digitale und diverse Unternehmenskultur zu gestalten.

2. Berichtsauftrag und Rahmenbedingungen

Die DW ist gesetzlich dazu verpflichtet, in eigener Verantwortung jeweils für den Zeitraum von vier Jahren eine Aufgabenplanung zu erstellen (§ 4a Absatz 1 des Deutsche-Welle-Gesetzes – DWG). Darin legt sie ihre Programmziele, Schwerpunktvorhaben und deren Gewichtung zur Erfüllung ihrer Aufgaben dar. Sie führt überdies aus, wie sie zur Aus- und Fortbildung von Medienschaffenden, insbesondere im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Förderung der auswärtigen Beziehungen beiträgt.

Zu dem Entwurf der Aufgabenplanung nehmen die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Stellung (§ 4b DWG). Auch aus der Öffentlichkeit sind Stellungnahmen möglich. Die Entscheidung über die Aufgabenplanung obliegt vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich geschützten Rundfunkfreiheit letztlich der DW unter Einbeziehung ihrer Gremien (§ 4b Absatz 5 DWG).

Die DW finanziert sich aus einem jährlichen Zuschuss und aus Zuwendungen des Bundes sowie sonstigen Einnahmen unter anderem vonseiten der EU. Für die Aufgabenplanung sind gemäß DWG die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung und die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers maßgeblich. Die DW erhält einen jährlichen Zuschuss aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Zudem werden einzelne Maßnahmen durch Projektförderungen im Wesentlichen aus Mitteln des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt.

Trotz ihrer Finanzierung aus Steuermitteln ist die DW bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unabhängig. Der DW werden im DWG nur allgemeine, grundsätzliche Vorgaben zur Präsentation eines Deutschlandbildes als eine europäisch gewachsene Kulturnation gemacht. Wie die DW diese Ziele erreicht, liegt alleine in ihrer Zuständigkeit. Von Regierungsseite wird keinerlei Einfluss auf die Programmgestaltung oder auf im Programm vertretene Meinungen ausgeübt. Die Einhaltung der Programmgrundsätze wird nicht durch den Staat, sondern die Gremien der DW kontrolliert. Die verfassungsrechtlich verbürgte Rundfunkfreiheit gilt auch für die DW. Die staatsferne Struktur der DW ist essentielle Basis für ihre Glaubwürdigkeit. Sie unterscheidet sich insofern wesentlich von anderen Auslandssendern, die staatlich beeinflusst und daher häufig nicht als in gleicher Weise unabhängig anerkannt werden.

3. Bewertung der Aufgabenplanung der Deutschen Welle für den Zeitraum 2022 bis 2025

3.1. Zu ausgewählten Maßnahmen im Einzelnen

Aufgaben der Deutschen Welle

Trotz der in der Aufgabenplanung beschriebenen strukturellen Fortentwicklungen und Anpassungen an die weltpolitischen und medientechnologischen Veränderungen besteht die Aufgabenstellung der DW nach Überzeugung der Bundesregierung unverändert fort. Die DW soll Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen und deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft ein Forum geben, um das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Gemäß § 4 DWG fördert die DW dabei insbesondere die deutsche Sprache. Die DW ist insofern kein reiner Nachrichtensender, ihr Auftrag ist breiter angelegt. Alle Angebote der DW eint der hohe Anspruch an Qualität und Glaubwürdigkeit. Es ist aus diesem Grund auch ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass die geplante weitere Reichweitensteigerung mit zusätzlichen Investitionen in die Qualitätskontrolle der journalistischen Angebote einhergeht.

Die Aufgabenplanung benennt mit Freiheits- und Menschenrechten, Demokratie sowie den Kampf gegen Terror, Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus die richtigen Themenschwerpunkte. Globale Themen und Herausforderungen wie Klima, Ernährungssicherheit, Energiesicherheit, Post-Covid, auch im Zusammenhang mit Russland und der Ukraine, werden in den nächsten Jahren die Debatte im globalen Süden bestimmen. Hier sollte die DW aktiv werden. Die Bundesregierung hebt in diesem Zusammenhang das in der Aufgabenplanung deutlich zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis der DW zum Existenzrecht Israels und für die Bekämpfung des Antisemitismus positiv hervor. Antisemitismusvorfälle, wie sie etwa im vergangenen Jahr von einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Arabisch-Redaktion der DW bekannt geworden waren, sind nicht hinnehmbar und dürfen sich nicht wiederholen. Die Bundesregierung hält die von der DW eingeleitete Aufarbeitung der Vorwürfe und die Entwicklung wirksamer präventiver Strategien daher für folgerichtig und regt eine Darstellung der Präventionsmaßnahmen in der finalen Fassung der Aufgabenplanung an.

Priorisierung der Zielländer

Die Bundesregierung teilt das Anliegen der DW, zum Zwecke eines effizienten Mitteleinsatzes ihre Zielländer stärker zu fokussieren und zu priorisieren. Die DW kann nicht in allen Ländern gleichermaßen präsent sein. Synergien könnten sich durch stärkere Kooperationen mit anderen Auslandssendern ergeben, die die gleichen Werte vertreten (vgl. hierzu auch den Abschnitt „Kooperationen“).

Die Priorisierung von Russland und Belarus ist angesichts der seit Jahren zu beobachtenden gravierenden Einschränkungen der Pressefreiheit dort bis hin zu deren faktischer Abschaffung in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine uneingeschränkt zu begrüßen. In beiden Ländern missbrauchen die Regierungen die praktisch omnipräsenten staatlichen Fernseh- und Radiosender für die Verbreitung von Propaganda und Falschinformationen. Um den erheblichen Informationsdefiziten in diesen Ländern entgegenzuwirken, findet die DW trotz aller Zensur- und Blockademaßnahmen Wege, um die Menschen vor Ort mit unabhängigen Informationen zu versorgen. Die Bundesregierung unterstützt den Ausbau der Angebote auf Russisch und Ukrainisch und stellt hierfür in 2022 zusätzlich 4 Millionen Euro bereit.

Die Fokussierung auf Asien und Afrika als Zielregionen für das englischsprachige Angebot begrüßt die Bundesregierung ausdrücklich, ebenso die Verstärkung der bestehenden Angebote in den außen-, sicherheits- und migrationspolitisch sensiblen Regionen Türkei und Naher sowie Mittlerer Osten. Angebote zum Aufbau von Resilienz gegen Propaganda und Desinformation erscheinen zudem in Osteuropa, Kaukasus, Zentralasien (siehe Ausbau des russischsprachigen Angebots) und auf dem Balkan weiterhin von großer Bedeutung.

Angesichts weiter zunehmender Flüchtlings- und Migrationsbewegungen ist die DW dank ihrer hohen und vielfältigen Sprachenkompetenz eine wichtige Partnerin der Bundesregierung bei der Entwicklung und Umsetzung von gezielten Informations- und Lernangeboten. Hieran sollte angeknüpft werden. Der Einsatz der DW im Rahmen der Fachkräfteauswanderung nach Deutschland sollte ausgebaut werden.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der DW, nicht nur in Krisenregionen, sondern auch in Partnerländern vertreten zu sein und deutsche und europäische Sichtweisen zu vermitteln. Neben EU-Staaten zählen dazu richtigerweise auch die USA. Zudem regt die Bundesregierung angesichts der Geschichte unseres Landes einen noch stärkeren Fokus auf Israel und Namibia sowie andere Nachfolgestaaten ehemaliger deutscher Kolonien an. Inwieweit zur Kompensation ein geringeres Engagement der DW in anderen Regionen gegebenenfalls vertretbar sein könnte, wäre durch die DW unter Hinzuziehung außenpolitischen Sachverständes zu bewerten.

Zielgruppe

Die in der Aufgabenplanung angelegte Zielgruppendefinition der DW beinhaltet eine Fokussierung auf ein sehr junges und urbanes Publikum mit höherem Bildungsabschluss. Urbane Eliten nutzen in der Regel jedoch bereits unterschiedliche Informationskanäle. Demgegenüber ist es gerade ein geringes Informationsniveau, das anfällig für Propaganda und Instrumentalisierung machen kann. Die DW sollte daher auch Perspektiven und Gruppen außerhalb kosmopolitischer Zentren adressieren und einen niedrigschwelligen Zugang für Menschen verschiedener Bildungsniveaus anbieten.

Angesichts der in vielen Ländern weiterhin bestehenden Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen wird das Ziel eines künftig erhöhten Augenmerks auf Frauen ausdrücklich unterstützt.

Sprachenvielfalt

Mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DW und der hohen Anzahl potenzieller Nutzerinnen und Nutzer unterstützt die Bundesregierung den Fokus auf die Weltsprache Englisch. Zugleich muss die deutsche Sprache als wesentliches Element der deutschen Identität und Kultur und gemäß dem gesetzlichen Auftrag der DW weiterhin ein Schwerpunkt der Angebote der DW bleiben. Dazu gehört auch der Ausbau eines breiten deutschsprachigen Online-Informationsangebots und von digitalen Sprachlernangeboten. Neben Englisch und Deutsch adressiert die DW ihre Nutzerinnen und Nutzer in 30 weiteren Landes- oder Regionalsprachen. Mit diesem Sprachenportfolio erreicht die DW jenseits von vorhandenen Fremdsprachenkenntnissen einen breiten Kreis an Rezipienten.

Regionale Kompetenz und Präsenz

Die Bundesregierung begrüßt die geplante stärkere inhaltliche Regionalisierung des journalistischen Angebots der DW. Im internationalen Wettbewerb um Aufmerksamkeit trägt ein starker regionaler Bezug der fremdsprachigen DW-Angebote maßgeblich zur Bindung an die DW bei. Die mit der Regionalisierung einhergehenden personellen Maßnahmen müssen mitarbeiterverträglich umgesetzt werden. Bei der geplanten Verstärkung der Auslandsstandorte ist insbesondere auf einen größtmöglichen Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Krisenregionen sowie auf faire Arbeitsbedingungen zu achten. In der Aufgabenplanung sollte zudem ausführlicher dargestellt werden, wie die DW strukturell sicherstellt, dass die vor Ort rekrutierten Journalistinnen und Journalisten die deutsche Perspektive auf das jeweilige regionale Geschehen angemessen vermitteln können.

Digitalisierung

Wie alle Medienanbieter zwingt die Digitalisierung auch die DW zu Anpassungen ihrer Struktur und Ausrichtung. Relevanz und Reichweite werden nicht nur über Inhalte, sondern auch über die angebotenen Formate und Verbreitungswege erzielt. Die Bundesregierung unterstützt daher die beabsichtigte Stärkung von Sendungen auf Abruf (*on demand*), zumal dies vielfach dem Mediennutzungsverhalten der jungen Zielgruppe der DW entspricht. On-Demand-Angebote bieten zudem die Möglichkeit, in Ergänzung zur tagesaktuellen Berichterstattung ausführlichere, erklärende Beiträge über einen längeren Zeitraum im Internet zum Abruf bereit zu halten.

Ein Fokus auf *on demand* sollte dennoch nicht unmittelbar mit einem Rückbau des linearen TV-Programms einhergehen. Klassischer Rundfunk hat in vielen Regionen der Welt nach wie vor eine hohe Bedeutung. Um auch diejenigen Menschen zu erreichen, die lineares Fernsehen und Radio als Informationsquelle nutzen oder gar darauf angewiesen sind, muss die DW entsprechend ihrer gesetzlichen Vorgabe auch linearen Rundfunk weiterhin als komplementären Verbreitungsweg berücksichtigen. In der abschließenden Aufgabenplanung sollte überdies dargelegt werden, wie angesichts von Zensur und Blockaden durch autokratische Regime eine sichere Verbreitung der DW-Angebote im medientechnologischen Wandel gewährleistet wird.

Durch die Digitalisierung von Produktion und Distribution wächst das Risiko von Sicherheitsverletzungen. Cyberangriffe können auf die Verbreitung von Desinformation abzielen und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. Die DW sollte in der Endfassung ihrer Aufgabenplanung konkreter darlegen, in welchem Umfang ihre Schutzmaßnahmen zur Abwehr von Angriffen auf ihre IT-Sicherheit ausgebaut werden sollen.

Darüber hinaus könnte in der Aufgabenplanung der praktische Einsatz von auf Künstlicher Intelligenz basierten Verifizierungsmaßnahmen näher konkretisiert werden, die von der Bundesregierung im Rahmen des Programms „Künstliche Intelligenz gegen Desinformation“ gefördert wird.

Kooperationen

In der journalistischen Berichterstattung auf internationaler Ebene muss sich die DW gegen Sender wie *Russia Today*, den in der *China Media Group* zusammengefassten chinesischen Auslandssendern, dem katarischen *Al Jazeera* oder dem iranischen Rundfunkgesellschaft *Islamic Republik of Iran Broadcasting* behaupten. Da es sich hierbei um teils sehr finanzstarke Konkurrenz handelt, begrüßt die Bundesregierung das Bestreben der DW, strategische Partnerschaften auszubauen. Dies ist auch bedeutsam angesichts der Tatsache, dass durch das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU mit BBC World eine Leerstelle bei der Vermittlung europäischer Perspektiven und eine den Wert multilateraler Beziehungen betonende Sicht entstanden ist.

Auch bei der Verbreitung ihrer Programme setzt die DW richtigerweise auf Partnerschaft und kooperiert gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag mit heimischen Fernseh- und Radiosendern in den Zielländern der DW. Diese übernehmen einzelne Sendungen oder ganze Sendeblöcke der DW und fügen sie mit Kenntlichmachung der DW als Absender in ihre Programme ein. Die Bundesregierung weiß um die besondere Herausforderung, dass die DW in einigen stark polarisierten Regionen wie den Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrika (MENA) auch mit Akteuren zusammenarbeitet, die nicht vollumfänglich nach deutschen Wertmaßstäben agieren. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der DW und ihrer Gremien, dass derartige Kooperationen zum Erreichen von Zielgruppen in herausfordernden Weltregionen notwendig sind. Hierbei handelt es sich oftmals um eine schwierige Gratwanderung. Gerade deswegen sollte in der Aufgabenplanung noch deutlicher dargestellt werden, wo Grenzen von Kooperationsmöglichkeiten verlaufen und mit welchen Vorkehrungen die DW Vorfälle verhindern will, wie sie im vergangenen Jahr aufgrund antisemitischer und israelfeindlicher Äußerungen seitens Partnersender der DW in Jordanien und im Libanon berechtigterweise Anlass für Kritik gegeben haben. Für antisemitische und israelfeindliche Äußerungen darf es auch in der Zusammenarbeit mit schwierigen Partnern keinen Spielraum geben. Ein regelmäßiges, nachvollziehbares und transparentes Monitoring dazu sollte etabliert werden.

Die Kooperation mit den ARD-Landesrundfunkanstalten, dem ZDF und dem Deutschlandradio sollte nach Möglichkeit ausgeweitet werden, denn Programmübernahmen, gemeinsame Produktionen, Kooperationen bei betriebswirtschaftlichen bzw. Digitalisierungsprojekten und die Zusammenarbeit mit lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Korrespondentenbüros unterstützten einen effizienten und ressourcenschonenden Einsatz der Mittel der DW. Eine wirksame Umsetzung des Kooperationsbeschlusses der Anstalten sollte angesichts der ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland auch die nach innen ausstrahlende Kooperation einschließen, zum Beispiel durch Übernahme der journalistischen Angebote der DW auf Ukrainisch und Russisch in das Programmportfolio der inländischen Anstalten. Den in Deutschland ankommenden Menschen würde auf diese Weise ein in ihrer Muttersprache und inhaltlich auf sie zugeschnittenes journalistisches Angebot unterbreitet werden können,

welches ergänzend zu staatlichen Angeboten für das erste Zurechtfinden in Deutschland und als Brücke zu den deutschsprachigen Programmen der Inlandsender behilflich sein kann.

Die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration bliebe Kernaufgabe des inländischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Die Bundesregierung begrüßt diesbezügliche Bestrebungen der Anstalten und regt eine entsprechende Darstellung in der Aufgabenplanung an.

Ökologische Nachhaltigkeit

Die Internationalität der DW macht sie zu einer wichtigen Akteurin mit Blick auf die weltumspannenden Aufgaben ökologischer Nachhaltigkeit und Klimaneutralität. Durch ihre Berichterstattung stärkt sie das gesellschaftliche Bewusstsein für notwendige Veränderungen. In ihrem Arbeitsalltag leistet die DW mit der Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie einen Beitrag zu einer der zentralen Herausforderungen unserer Zeit.

Medienkompetenz

Demokratie lebt von mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Als solche können sie sich in den mediatisierten und digitalisierten Gesellschaften bewusst und kritisch im Netz und in den sozialen Medien bewegen, eigene Überzeugungen entwickeln und diese im gesellschaftlichen Diskurs vertreten. Um dieses Ziel zu erreichen, kommt der Stärkung von Medienkompetenz mehr denn je eine herausragende Bedeutung zu. Die Bundesregierung begrüßt daher die vielfältigen Angebote der DW und der DWA zur Förderung von Medienkompetenz. Denn neben objektiver Berichterstattung bedarf es zudem der Fähigkeit der Nutzerinnen und Nutzern, Angebote des Qualitätsjournalismus in der Fülle an Informationsangeboten identifizieren und gegenüber Propaganda und Desinformation abgrenzen zu können.

Barrierefreiheit

In Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) wurde die DW durch eine Änderung des DWG im Jahr 2020 dazu verpflichtet, im Rahmen ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten weitere barrierefreie Angebote für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung zu stellen (§ 7a Absatz 1 DWG). Ab 1. November 2022 muss die DW alle drei Jahre einen entsprechenden Bericht erstatten, der anschließend über die BKM an die Europäische Kommission zu übermitteln ist (§ 7a Absatz 2 DWG). Vor diesem Hintergrund hebt die Bundesregierung die in der Aufgabenplanung angekündigten konkreten Fortschritte in Bezug auf die barrierefreie Gestaltung der journalistischen Angebote der DW positiv hervor.

Die DW als Arbeitgeberin

Als international agierendes Medienhaus profitiert die DW von der Vielfalt der Perspektiven ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus mehr als 150 Nationen. Die Bundesregierung begrüßt daher das Ziel der DW, sich bis 2025 zu einer der diversesten und inklusivsten Medienorganisationen in Deutschland zu entwickeln.

In der zu beschließenden Endfassung der Aufgabenplanung wären weitere Anhaltspunkte zu der beabsichtigten Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen wünschenswert. Eine interne Flexibilisierung, die durch kurzfristige Wechsel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Krisensituationen schnell reagiert, erscheint sinnvoll. In diesem Prozess muss jedoch sichergestellt werden, dass freie und arbeitnehmerähnliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Benachteiligung erfahren. Nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ist ein umfassender Rückgriff auf freie Mitarbeit aufgrund des so genannten „Abwechslungsbedürfnisses“ im Rundfunk zwar grundsätzlich zulässig, mit Blick auf das Ziel fairer Arbeitsbedingungen aber auch nicht unproblematisch. Die Bundesregierung stellt der DW für die Jahre 2020 bis 2023 daher insgesamt 356 Stellen zur Verfügung, um befristete und freie Beschäftigungsformen in feste Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

3.2. Finanzieller Rahmen

Die gestiegenen Anforderungen an die DW erfordern eine tragfähige Finanzierung. Gemäß Koalitionsvertrag beabsichtigt die Bundesregierung daher eine Fortführung des bisherigen erfolgreichen Ausbaus der DW und der DWA. Im Regierungsentwurf 2022 ist eine Erhöhung auf 404 Millionen Euro beschlossen. Hinzu kommen die

bereits genannten 4 Millionen Euro im Ergänzungshaushalt für den Ausbau der Angebote auf Russisch und Ukrainisch. Darüber hinaus erhält die DW projektbezogene Zuwendungen der BKM, des AA, des BMZ und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUB).

Als integraler Bestandteil der DW trägt die DWA maßgeblich dazu bei, die Relevanz der DW zu erhöhen. Sie hat langjährige Erfahrung in der Vermittlung von Medienkompetenz und der Förderung von unabhängigen Medien, Journalisten und Mediatoren zum Beispiel durch den Aufbau von Netzwerken und Schulungseinrichtungen. Das derzeitige Finanzierungsmodell besteht ausschließlich aus Projektförderungen des BMZ und im geringen Umfang des AA und der EU. Aufgrund der gewachsenen Struktur der DWA regt die DW in ihrer Aufgabenplanung an, die DWA künftig mit einer personellen und finanziellen Grundstruktur auszustatten. Die Bundesregierung wird hierzu in Gespräche mit der DW und zwischen den beteiligten Ressorts eintreten.

